Bulgarien

Johanna Deimel

Wochenlange Proteste zwangen die von Ministerpräsident Plamen Orescharski geführte Minderheitenregierung nach der kurzen Amtszeit vom 13. März 2013 bis zum 5. August 2014 zum Rücktritt. Eine Übergangsregierung unter dem Verfassungsrichter Georgi Bliznaschki führte die Amtsgeschäfte bis zu den vorgezogenen Neuwahlen am 5. Oktober 2014. Seine Ernennung durch den bulgarischen Präsidenten Rosen Plevneliev war ein Zugeständnis an die Zivilgesellschaft, da Bliznaschki die wochenlangen Proteste gegen die Regierung Orescharski – geführt von der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) mit der Partei der türkischen Minderheit, Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS), und mitgetragen von der rechtsextremen Ataka – aktiv unterstützt hatte. Bei einer historisch tiefen Wahlbeteiligung von nur 48,66 Prozent schafften insgesamt acht Parteien und Koalitionen den Einzug in die 43. Nationalversammlung (insgesamt 240 Sitze):

Partei/Koalition	Wahlergebnis vom 5. Oktober 2014 (in Prozent)	Sitze	Ergebnis der Europawahlen vom 25. Mai 2014 (in Prozent)
GERB	32,67	84	30,40
BSP	15,40	39	18,93
DPS	14,84	38	17,27
Reformblock	8,89	23	6,45
Patriotische Front	7,28	19	
Bulgarien ohne Zensur	5,69	15	10,66
Ataka	4,52	11	2,96
ABW	4,15	11	4,02

Quelle: Zentrale Wahlkommission Bulgarien[1]

Wie bereits bei der Europawahl vom Mai 2014 ging die konservative GERB (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens) als Wahlsieger hervor, die BSP dagegen rutschte weiter auf ein historisches Tief. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse war eine Regierungsbildung schwierig und es dauerte einen Monat, bis die Minderheitenregierung unter Premier Boiko Borissov aus GERB und dem rechten Reformblock sowie mit Unterstützung der linken Alternative für Bulgarische Wiedergeburt (ABW) und der nationalistischen Patriotischen Front stand. Trotz vehementer Einwände der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) gegen die Patriotische Front,[2] ist Borissov auf diese und die ABW angewiesen. Mangels eines Koalitionsvertrages sind von der neuen Regierung wohl keine großen Reformen zu erwarten. Die „schwierigen" Ministerien wie Justiz, Wirt-

1 Das Wahlergebnis für die Parlamentswahl vom 5. Oktober 2014 ist abrufbar unter: http://results.cik.bg/pi2014/rezultati/ (letzter Zugriff: 23.7.2015); das Ergebnis der Europawahl am 25. Mai 2015 kann unter http://results.cik.bg/ep2014/rezultati/ abgerufen werden (letzter Zugriff: 23.7.2015).

2 Novinite.com: Europe Liberals Criticize Bulgaria for Including Nationalists in Gov't, 12.11.2014.

schaft, Gesundheit und Soziales werden nicht von GERB verantwortet, womit der Premier vorsorglich Sündenböcke parat hätte.[3] Die Konstellation der Regierung erfordert einen ständigen Drahtseilakt, wie der Konflikt mit gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der ethnisch bulgarischen Bevölkerung und Angehörigen der Roma-Minderheit im Dorf Garmen zeigte. Von der Patriotischen Front wurde ein Ultimatum gestellt, Forderungen wie die Zerstörung aller illegal errichteten Häuser im Roma-Viertel durchzusetzen.[4]

EU-Mitgliedsland Bulgarien

Der Bericht der Kommission über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens von Januar 2015 hat – wie ein in den letzten Jahren stetig wiederholtes Mantra – gravierende Mängel im Justizwesen, im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität angemahnt.[5] Problematisch war auch der Umgang mit EU-Fördergeldern. Agrarministerin Desislava Taneva musste im Januar 2015 eingestehen, dass Bulgarien allein 2014 51,3 Mio. Euro aus dem EU-Förderprogramm für ländliche Entwicklung verloren hatte. Zwischen 2007 und 2013 konnten nur 76,2 Prozent der EU-Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfond absorbiert werden.[6] Mit Nachdruck drängt Bulgarien, endlich in den Schengenraum aufgenommen zu werden. Meglena Kuneva (Reformblock), Vize-Premier und Ministerin für Europapolitik und institutionelle Angelegenheiten im neuen Kabinett, zeigte sich Mitte Mai 2015 davon überzeugt, dass „Bulgarien zu 100 Prozent für den Schengenbeitritt, sowohl in Bezug auf die See- als auch Luftgrenzen“, bereit sei.[7] Bulgarien sieht sich einem großen Zustrom an Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak ausgesetzt und zeigt sich damit ziemlich überfordert. Seit September 2014 ist der 33 kilometerlange und drei Meter hohe Grenzzaun zwischen der bulgarischen und türkischen Grenze nahe der westtürkischen Stadt Edirne fertig gestellt. Erweiterungspläne gibt es bereits. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2015 hat sich der Zustrom von Flüchtlingen gegenüber 2014 verdoppelt. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (VN) geht davon aus, dass derzeit ungefähr 200 Flüchtlinge pro Woche Bulgarien erreichen.[8] Im April 2015 warnte Premier Borissov auf dem EU-Gipfel zur Flüchtlingsproblematik davor, dass die anhaltende Migration nach Bulgarien die demographische Balance des Landes zu verändern drohe.[9] Etwa 10 Prozent der Bevölkerung Bulgariens gehören der türkischen Minderheit an. Das ärmste EU-Land mit einem Bruttosozialprodukt per capita von nur 45 Prozent beherbergt mehr schlecht als recht etwa 4.000 Flüchtlinge in Camps. Die Bedingungen dort sind nach wie vor problematisch; die gestrandeten Flüchtlinge fühlen sich in Bulgarien verraten und „in der Falle“.[10] Die neuen Pläne der Kommission zur Rückführung von Migranten und Asylsu-

3 Bistra Seiler: Bulgarien. Sofia vor großen Herausforderungen, in: Deutsche Welle, 8.11.2014.
4 Markus Bernath: Ethnische Konflikte bedrohen Koalition in Sofia, in: derStandard.at, 29.5.2015.
5 Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, COM (2015) 36 final.
6 Novinite.com (Sofia News Agency): Bulgaria Reports 76.2% EU Funds Absorption Rate for 2007-2013 Period in end-April, 15.5.2015.
7 Clive Leviev-Sawyer: Bulgarian deputy PM positive on Schengen accession, in: Independent Balkan News Agency, 13.5.2015.
8 Elizabeth Dickinson: Letter from Sofia. The Next Frontier in Europe’s Migrant Crisis? Bulgaria., in: politico magazine, 7.6.2015.
9 Veselin Zhelev: Migration threatens demographic balance, says Bulgarian PM, in: EUobserver.com, 24.4.2015.
10 Stefano Liberti: In Europa werde ich Zuflucht finden: Flüchtlingsgeschichten aus dem türkisch-bulgarischen Grenzgebiet, in: Le Monde diplomatique, 3/2015.

chende von Griechenland und Italien nach Bulgarien sind in Sofia auf Kritik gestoßen. Die Quoten müssten sich an den jeweiligen Möglichkeiten eines Landes richten.[11]

Bulgarien im Fokus der Energiesicherheit

Bulgarien ist enorm von russischen Energielieferungen und -firmen abhängig. 90 Prozent des bulgarischen Gasverbrauchs kommt aus Russland, der nukleare Brennstoff des Atomkraftwerkes Kozloduj wird vom russischen Anbieter Joint-Stock Company TVEL geliefert und die russische Firma Lukoil ist als Besitzerin der einzigen Ölraffinerie Bulgariens in Burgas auch eine wichtige Steuerzahlerin und Arbeitgeberin. Das Ende des Pipeline-Projekts South Stream hat, so der bulgarische Analyst Dimitar Bechev, zu „Schockwellen in Sofia geführt".[12] Premier Borissov klagte in Brüssel über die problematische Energiesituation in Bulgarien. Allerdings entsprechen selbst die bestehenden Gaspipelines aus Russland nach Bulgarien nicht den EU-Richtlinien. Bulgarien ist aber bis 2030 vertraglich an Gaslieferungen von Gazprom gebunden.[13] Zugleich haben bisher ausnahmslos alle Regierungen eine konsequente Energiepolitik, eine Reform des Energiesektors und eine Reduzierung des Energieverbrauchs insgesamt auf die lange Bank geschoben. Der Energiesektor blieb in hohem Maße intransparent und ein Eldorado für Nepotismus. Ruslan Stefanov und Martin Vladimirov legen in ihrer Analyse zum Projekt South Stream eindringlich dar, wie der geplante Bau der Pipeline von der politischen Klasse für populistische Versprechen rund um Energiesicherheit und Wirtschaftswachstum genutzt worden ist.[14]

Die neue geopolitische Gesamtwetterlage rückte insbesondere Bulgarien als einen Anrainerstaat der Schwarzmeer-Region und damit als wichtigen Knotenpunkt für den Energietransfer nach Europa in den Fokus Washingtons und Londons. Sowohl der US-amerikanische Außenminister John Kerry als auch sein britischer Amtskollege Philip Hammond reisten Mitte Januar 2015 nach Sofia. Im Kern geht es darum, die Energieabhängigkeit Bulgariens von russischen Lieferungen zu minimieren und die Energiezufuhr zu diversifizieren. Bulgarien ist wieder interessant für Investitionen in den Nuklearsektor oder in Fracking. Die Zeitschrift Voice of America betitelte im Februar 2015 Bulgarien als „Schlachtfeld im US-Russischen Krieg um Energiesicherheit".[15] Und Victoria Nuland, Assistant Secretary of State und zuständig für Europäische Angelegenheiten im US-amerikanischen Außenministerium, machte deutlich: „In the area of energy security, we're not just talking the talk, now we're walking the walk".[16] Angebote Sofias an die US-amerikanische Firma Westinghouse, 49 Prozent der Anteile an einem neu zu bauenden Atomreaktor bei dem bestehenden Kraftwerk Kozloduj zu übernehmen,[17] sind nach derzeitiger Lage bisher nicht auf entsprechendes Gegeninteresse gestoßen. Aber auch Moskau umwirbt Bulgarien mit der neuen Idee, eine Turkish Stream-Pipeline zu bauen. Russland betont dabei, dass es den jeweiligen Staaten als souveräner Akt frei stehe, bilaterale Ab-

11 Clive Leviev-Sawyer: Bulgaria to insist on revision of migrant quotas, in: Independent Balkan News Agency, 9.6.2015.
12 Dimitar Bechev: Bulgaria's turn to the West, in: EUobserver.com, 19.1.2015.
13 Georgi Gotev/Sarantis Michalopoulos: The energy conundrum in Bulgaria and Greece, in: EurActiv.com, 11.5.2015.
14 Ruslan Stefanov/Martin Vladimirov: Bulgaria and the South Stream Pipeline Project – At the Crossroads of Energy Security and State Capture Risks, in: Südosteuropa Mitteilungen 05-06/2014, S. 54-71.
15 Mark Snowiss: Bulgaria Key Battleground in US-Russia Energy War, in: Voice of America, 23.2.2015.
16 Victoria Nuland: Unity in Challenging Times: Building on Transatlantic Resolve, 27.1.2015, abrufbar unter: http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2015/jan/236820.htm (letzter Zugriff: 21.7.2015).
17 Georgi Gotev: Bulgaria offers Westinghouse stake in new nuclear unit, in: EurActiv.com, 27.3.2015.

kommen mit Moskau zu schließen, und versucht mit der Lockung durch die Turkish Stream zugleich, innerhalb der Europäischen Union Verbündete gegen die verhängten EU-Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland zu finden. Schätzungen gehen davon aus, dass die Kosten für die Turkish Stream-Pipeline doppelt so hoch ausfallen dürften, wie für die South Stream. Sollte sie des Weiteren via Griechenland, Bulgarien, Mazedonien, Serbien und Ungarn verlaufen, wird sie letztlich den gleichen EU-Regularien entsprechen müssen. Zudem tritt ein weiteres Gas Pipeline-Projekt in konkretere Planung: auf dem EU-Gipfel im Mai 2015 in Riga haben Bulgarien, die Slowakei, Ungarn und Rumänien eine gemeinsame Absichtserklärung zum Bau einer Ostring Gaspipeline unterzeichnet.

Außenpolitische Krisen und Loyalitätsfragen

Die Ukraine-Krise und deren sicherheits- und energiepolitische Verwerfungen haben in und gegenüber Bulgarien die Frage aufgeworfen, inwieweit das Land solidarisch zu den politischen Standpunkten gegenüber Russland innerhalb der westlichen Gemeinschaft steht. Exemplarisch hierfür sind die Worte des damaligen Kommissionspräsidenten Manuel Barroso, der im April 2014 klagte, dass es in „Bulgarien Leute gebe, die Agenten Russlands“ seien.[18] Und auch der damalige britische Außenminister William Hague bezeichnete den russischen Einfluss in Ländern wie Ungarn und Bulgarien als „schleichende Oligarchisierung“.[19] In der Tat haben vor allem die Parteien BSP und Ataka Probleme mit den Sanktionen gegenüber Russland. Im Dezember 2014 legte die BSP-Fraktion im bulgarischen Parlament einen Entwurf vor, wonach die EU-Sanktionen gegenüber Russland aufgehoben werden sollten. Auch im Europaparlament haben sich drei BSP Abgeordnete gegen die im Juni 2015 verabschiedete Resolution gestellt. Bulgarien hat insgesamt einen bemerkenswerten Richtungswechsel vollzogen. So bezeichnete Präsident Plevneliev den russischen Präsidenten im Mai 2015 als „Imperialisten des 19. Jahrhunderts“.[20] Mit seiner Distanzierung von Russland ist Plevneliev auch innerhalb der Regierung Borissov nicht allein. Obwohl die Bulgaren historisch und kulturell bedingt Russland wohlgesinnt gegenüberstehen, sind sie doch mehrheitlich davon überzeugt, dass es sowohl die Mitgliedschaften in der Europäischen Union als auch in der NATO sind, die Sicherheit und Prosperität versprechen.[21] Die NATO-Mitgliedschaft ist wieder zu einem wichtigen Sicherheits-faktor geworden. Die Allianz hat nicht nur ihre Einsatztruppe auf 30.000 erhöht und Kommandozentralen in Rumänien und Bulgarien errichtet. Bei einem Besuch in Sofia im März 2015 versicherte der britische General und stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO in Europa (DSACEUR), Sir Adrian Bradshaw, Bulgarien den Schutz der Allianz nach Art. 5 des Nordatlantikvertrags. Aber nicht nur die Ukraine-Krise führte zu Spannungen mit Russland. Bulgarien wehrte sich vehement gegen Anschuldigungen aus Moskau, Bulgarien und Albanien würden darüber nachdenken, sich bei Zerfall Teile des schwer in eine politische Krise geschlitterten Nachbarlandes Mazedoniens einverleiben zu wollen.[22]

18 Ambrose Evans-Pritchard: Russia's South Stream pipeline in deep freeze as EU tightens sanctions noose, in: The Telegraph, 7.4.2014.

19 Kiran Stacey/Christian Oliver: William Hague warns against ‘creeping oligarchisation’ of Balkans, in: Financial Times, 15.4.2014.

20 Dariusz Kalan: Bulgaria’s Turn. Sofia Gives Moscow Some Attitude, in: Foreign Affairs, 9.6.2015.

21 European Council on Foreign Relations: Public Opinion Poll: Bulgarian foreign policy, the Russia-Ukraine conflict and national security, 26.3.2015, abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/article/public_opinion_poll311520 (letzter Zugriff: 21.7.2015).

22 Novinite.com (Sofia News Agency): Bulgaria Rejects Russian Allegations of Macedonia’s Partitioning, 20.5.2015.